

**Jubilarehrung der Verwaltungsstelle Pforzheim am 24.
Oktober 2014**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

heute ist ein besonderer Anlass und ich freue mich, mit dabei zu sein.

Wir ehren die Jubilare der Verwaltungsstelle Pforzheim, die 60, 50 und 40 Jahre als Mitglied unserer IG Metall die Treue gehalten haben.

6.350 Jahre Mitgliedschaft sind es, für die wir uns als IG Metall bei Euch, liebe Jubilarinnen und Jubilare, für Euer Engagement, Eure Solidarität und die Bereitschaft für ein Stück mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft einzutreten und zu streiten, bedanken.

Jede und jeder Einzelne von Euch steht höchstpersönlich für die Erfolge der IG Metall und steht für das, was den Kern von Gewerkschaften ausmacht, was uns stark macht und uns gesellschaftliches Gehör verschafft; unsere Mitglieder.

Denn die Zahl der Mitglieder ist ganz entscheidend für die Stärke einer Gewerkschaft und damit ob es uns gelingt, für sozialen Frieden, Teilhabe und Mitbestimmung Erfolge zu erzielen.

Dafür braucht es nicht nur Treue, Zeit und viel Mühe sondern vor allem auch Geduld und die Bereitschaft, im Sinne des Allgemeinwohls Entscheidungen mit zu tragen, die man selber vielleicht nicht so getroffen hätte. Auch dafür sage ich Euch herzlichen Dank.

Denn Fortschritt wird es auch in Zukunft in dieser Gesellschaft nur durch Solidarität, durch Zusammenhalt und das Eintreten für gemeinsame Ziele geben. Dafür steht Ihr und das ist auch Euer Vermächtnis für die nachfolgenden Generationen.

Die Kolleginnen und Kollegen, die wir heute für 60 Jahre IG Metall Mitgliedschaft ehren, haben in ihrer Kindheit und Jugend das dunkelste Kapitel in der deutschen Geschichte erlebt, die Zerschlagung der ersten Demokratie, die Weimarer Republik und die Machtübergabe an Hitler durch die bürgerlichen Parteien, in deren Folge dann von Deutschland der zweite

Weltkrieg ausging und die furchtbaren Gräueltaten des Nationalsozialismus in Europa begannen, mit Millionen Toten. Das furchtbarste und dunkelste Kapitel war die Judenverfolgung und die Errichtung der Konzentrationslager.

Auch die bittere Niederlage der Arbeiterbewegung, die gespalten war und daher nicht verhindern konnte, dass ihre Gewerkschaften und Parteien verboten, ihre Mitglieder und Repräsentanten verfolgt und viele von ihnen in den Konzentrationslagern ermordet wurden.

Hermann Rapp hat in seinem Buch „Erinnerungen und Aufzeichnungen“ eindrücklich beschrieben, welches Leid den Menschen durch den Faschismus widerfahren ist, insbesondere auch dem sogenannten „kleinen Mann“.

Auch für Pforzheim brachte die Nazi-Herrschaft und der Krieg eine furchtbare Katastrophe mit sich, als englische Bomber die Stadt am 23. Februar 1945 in Schutt und Asche legten und in den Straßen, in denen man Adolf Hitler 1934, als er nach Pforzheim kam, noch zugejubelt hatte, kein Stein mehr auf dem

anderen stand und überall der Schutt der eingestürzten Häuser lag.

In die Weimarer Zeit fiel auch der letzte große Arbeitskampf in der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie im Jahre 1925, der DMV forderte 80 Pfennige Mindestlohn für die über 25 Jahre alten gelernten Arbeiter. Der vierte Schiedsspruch in dieser Auseinandersetzung vom 27. Juli 1925 durch die Schlichtungskammer Karlsruhe, der 68 Pfennige Mindestlohn vorsah, wurde von beiden Seiten abgelehnt. Beendet wurde der Konflikt dann in einer Schlichtungsrunde beim Reichsarbeitsministerium in Berlin, die am 04. August begann, Das Ergebnis wurde vom damaligen DMV Bezirksleiter Karl Vorhölzer als akzeptabler Kompromiss bewertet.

1928 gab es den letzten größeren Arbeitskonflikt im Rahmen einer Lohnbewegung in der Schmuck- und Edelmetallindustrie, da mit dem Börsencrash 1929 und dem anschließenden Abschwung die Arbeitslosigkeit dramatisch anstieg und sich die Gewerkschaften massiv gegen die Versuche, das bisher erreichte wieder zu schleifen, zur Wehr setzen mussten.

Ab 1945 prägte dann die Jugendzeit unserer 60-jährigen Jubilare die riesige Herausforderung, das Überleben zu sichern, die Trümmer wegzuräumen und die Betriebe wieder funktionsfähig zu machen. Es waren entbehungsreiche Jahre und eine harte Zeit, an deren Ende leider nicht die Anerkennung stand, die sie verdient gehabt hätten.

So gab es nicht die erhoffte Teilhabe und Mitbestimmung für die für notwendig erachtete Demokratisierung in der Wirtschaft. Auch konnte nicht verhindert werden, dass viel zu viel der alten Finanziere und Förderer des Naziregimes wieder an die Macht kamen und zunehmend an Einfluss gewannen.

Das Jahr 1954, in dem 14 von euch Mitglied in der IG Metall geworden sind, markiert so etwas wie den Beginn des sogenannten Wirtschaftswunders. Die Menschen in ganz Deutschland empfanden das „Wunder von Bern“, wie der Sieg der Fußballnationalmannschaft über Ungarn und damit der Gewinn der Weltmeisterschaft genannt wurde, als ein Zeichen des Aufbruchs nach dem Krieg und den Entbehrungen der Nachkriegszeit.

Tarifpolitisch war 1954 ebenfalls ein Wendepunkt. Während die Lohnbewegungen in den Nachkriegsjahren vor allen die Heranführung der Löhne an die davonlaufenden Preis zum Ziel hatte, wollte man 1954 eine deutliche Reallohnsteigerung erreichen.

Knapp 10 Jahre nach Kriegsende waren die volkswirtschaftlichen Voraussetzungen dafür gegeben, die IG Metall in Baden-Württemberg gewann stetig neue Mitglieder. Der Streit um mehr Lohnprozente wurde schließlich nach einem dreiwöchigen Streik in der bayerischen Metallindustrie entschieden. Bayern hatte zu diesem Zeitpunkt den niedrigsten Effektivlohn des Bundesgebietes. Auch wenn dieser Streik mit einem Schiedsspruch zu Ende ging und dabei sicher nicht alles rund lief - gelernt haben wir daraus, dass wir uns nur behaupten können, wenn wir geschlossen und entschlossen auftreten. Nur dort, wo die Organisation strauchelte, gab es Probleme.

Die Tariflöhne für einfache Facharbeiten in der allgemeinen Metallindustrie stiegen von 1950 – 1965 um knapp 180%. Bei Akkord- und Zeitlohn betrug das Plus 164% bzw. 194%. Dafür

mussten die Beschäftigten in der Metallindustrie Mitte der fünfziger Jahre allerdings noch 48 Stunden die Woche arbeiten.

Damit gelangen erste Erfolge in der Lohnpolitik. Nicht durchsetzen konnte sich die Gewerkschaftsbewegung allerdings bei ihrem großen Ziel nach mehr Mitbestimmung und politischer Teilhabe.

Das Mitbestimmungsgesetz von 1952 blieb weit hinter unseren Forderungen und Vorstellungen zurück und verfestigte die alten Machtstrukturen wieder, die man aus den Erfahrungen, warum es zum Faschismus gekommen ist, eigentlich überwinden wollte.

Am 14. April 1946 wurde im Saal der Vereinsturnhalle in Pforzheim-Brötzingen der allgemeine freie Gewerkschaftsbund Pforzheim gegründet. Die Arbeitszeiten in den meisten Betrieben lag bei 48 Stunden, der Wochenlohn bei einem Facharbeiter bei zwischen 40 und 50 Mark.

Am 27. September 1947 wurde eine erste Tarifvereinbarung, ein Urlaubsabkommen mit den Verbänden der

Schmuckwarenindustrie, der Edel- und Unedelmetallindustrie und dem Fachverband der Taschenuhren und Armbandindustrie abgeschlossen. Die Dauer der freien Tage reichte je nach Alter auf bis zu 18 Werktagen.

Im Juli 1948 folgte dann auch das erste Lohnabkommen. Der erste Bevollmächtigte der IG Metall Ortsverwaltung Pforzheim, Hermann Rapp, unterschrieb damals das Abkommen. Die Einhaltung musste allerdings vor dem Arbeitsgericht eingeklagt werden, da der Schmuckwarenindustrieverband Württemberg-Baden bei seiner gedruckten Fassung der Bestimmungen eigenhändig Abänderungen vornahm.

In der zweiten Instanz vor dem Landesarbeitsgericht gewann dann die IG Metall den Prozess und damit wurde diesem unseligen Tun ein Ende gesetzt.

In den fünfziger Jahren beteiligten sich auch die Pforzheimer Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen mit einer Kundgebung am 21. Mai 1958 auf dem Turmplatz am Protest gegen die beabsichtigte atomare Aufrüstung in Deutschland.

Die 27 50-jährigen Jubilare, die wir heute ehren können, sind 1964 in die IG Metall eingetreten. Sie verpassten damit knapp den ersten großen Arbeitskampf im Bezirk Baden-Württemberg. Aber vielleicht waren es ja auch die Erfahrungen aus diesem Arbeitskampf, die zu der Entscheidung führten, in die IG Metall einzutreten, da in dieser Auseinandersetzung deutlich wurde, dass nur gemeinsam und solidarisch die dreisten Forderungen der Arbeitgeber nach einem Lohnstopp, einer Verschiebung der geplanten Arbeitszeitverkürzung, nach zentralen Verhandlungen, einer längeren Laufzeit von Tarifverträgen sowie dem Abschluss eines obligatorischen Schlichtungsabkommens abgewehrt werden konnte.

Der damalige IG Metall Vorsitzende Otto Brenner beschrieb die Lage so - ich zitiere: „Die Metallindustriellen hielten die Stunde für gekommen, um der deutschen Gewerkschaftsbewegung eine entscheidende Niederlage beizubringen. Unter dem Vorwand, im wohlverstandenen Allgemeininteresse zu handeln und die Bundesrepublik vor angeblichem wirtschaftlichen Schaden zu bewahren, wollten sie ihren „Herr im Hause“-Standpunkt durchsetzen.“

Auf den Streik reagieren die Arbeitgeber erstmalig nach 1928 mit Aussperrung tausender Beschäftigter, auch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in neun Pforzheimer Metall- und Elektrobetrieben waren davon betroffen. Die gemeinsame Solidarität siegte dann über das Unrecht der Aussperrung und die Willkür der Metallarbeitgeber. Nach zwei Wochen mussten sie zurückrudern und der IG Metall Bezirk Baden-Württemberg hatte seine erste große Feuerprobe in der Tarifpolitik bestanden.

Richard Weißinger, den wir heute für 60 Jahre Mitgliedschaft in der IG Metall ehren, erlebte diese erste große Auseinandersetzung hautnah bei SEL mit.

Ihn und alle anderen, die damals mit dabei waren, hat dies sicherlich nachhaltig geprägt und in ihrer Haltung bestärkt, dass man gegen Arbeitgeberwillkür und das Unrecht der Aussperrung nur gemeinsam bestehen kann.

Verglichen mit 1963 verlief die Tarifbewegung im Jahre 1964 regelrecht langweilig. Obwohl die Lohn- und Gehaltstarifverträge erst zum 30. September 1964 kündbar

waren, gab es bereits Ende Juni Verhandlungen über sämtliche von uns erhobenen Forderungen. Das herausragende Ergebnis der Tarifrunde 1964 war für die Metall- und Elektroindustrie die Abmachung über ein zusätzliches Urlaubsgeld, dass ab Januar 1965 allen Beschäftigten der Metallindustrie gezahlt wurde.

Für dieses Ergebnis muss sich die IG Metall zwar mit einer einjährigen Verschiebung der Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden einverstanden erklären. Angesichts des Durchbruchs in einer grundsätzlichen sozialpolitischen Frage war dies damals aber zu verschmerzen. Die Einkommen stiegen 1964 um 8%, die wöchentliche Arbeitszeit betrug noch 41 $\frac{1}{4}$ Stunden.

Die entsprechenden Regelungen auf die Schmuck-, Edelmetall- und Uhrenindustrie zu übertragen, war nicht immer leicht. Die Verwaltungsstelle Pforzheim und die Kolleginnen und Kollegen aus diesen Branchen haben hier aber für den Bezirk immer wieder Pionierarbeit geleistet und die entsprechenden Tarifverträge mit erstritten und durchgesetzt.

Allgemein war die Politik der Gewerkschaften 1964 geprägt durch das Engagement gegen die sogenannte Notstandsgesetzgebung. 1963 hatte die Bundesregierung ein ganzes Paket von Notstandsgesetzentwürfen vorgelegt, das die Gewerkschaften stets als unnötig abgelehnt haben.

Ein Baden-Württemberger, Heinrich Lübke, wird 1964 zum Bundespräsidenten gewählt und Willy Brandt wird Nachfolger von Erich Ollenhauer als Vorsitzender der SPD. Martin Luther King erhält den Friedensnobelpreis, Leonid Breschnew wird Nachfolger von Chruschtschow als erster Sekretär des ZK der KPdSU und Yassir Arafat übernimmt die Führung der Fatah.

Ein Ereignis dürfte viele damalige DDR-Bürgerinnen und Bürger aber vermutlich ähnlich emotional berührt haben wie das Wunder von Bern 10 Jahre vorher im Westen:

Ende 1964 gestattete die DDR Ihren Rentnerinnen und Rentnern jährlich eine Reise in die BRD.

Bei den olympischen Sommerspielen in Tokyo gab es für die BRD und die DDR gemeinsam 10 Gold-, 22 Silber- und 18

Bronzemedailen. Und Cassius Clay wird
Schwergewichtsweltmeister gegen Sonny Liston.

Ach ja. Und beinahe hätte ich es vergessen, die Beatles
erreichten 1964 den Höhepunkt ihrer Karriere. Ihre Lieder und
der Beat der Stones und anderer führen oft zu heftigen
Diskussionen der Jungen mit den Alten über die Lautstärke
beim Anhören und über die ruckartigen und angeblich
obszönen Bewegungen, die damit einhergingen.

Unsere 31 Jubilarinnen und Jubilare, die wir heute für ihre 50-
jährige Mitgliedschaft ehren, haben dies hautnah miterlebt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
ich springe jetzt in die frühen siebziger Jahre. Die Meisten hier
im Saal, die wir heute ehren, 99 an der Zahl, sind 1974
Metallerinnen und Metaller geworden. In jenem Jahr, in dem
Deutschland zum zweiten Mal den Weltmeistertitel im Fußball
holte. Diesmal entschied darüber ein 2:1-Sieg über die
Niederlande im Endspiel in München.

Mit der Ölkrise 1973, wir alle erinnern uns noch an die autofreien Sonntage, ging allerdings die mehr als zwei Jahrzehnte dauernde Wachstumsphase zu Ende. 1974 stagnierte die Wirtschaft, mit einer Quote von 2,5% wurde im gleichen Jahr ein neuer Höchststand bei der Arbeitslosigkeit erreicht. 1975 brach die Konjunktur ein und die Arbeitslosenquote kletterte auf über 4%.

Das war ein Schock. Trotzdem profitierten die Beschäftigten in der Metallindustrie noch von den deutlichen Zuwächsen beim Einkommen, die wir in den Jahren davor in Baden-Württemberg durchsetzen konnten.

Für das Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden erzielten wir 1970 eine Lohnerhöhung von 15%. Eine Zahl, die für uns heute kaum vorstellbar ist.

1974 stiegen die Löhne und Entgelte der Metall- und Elektroindustrie durchschnittlich um 11,6%. Zudem wurde das 13. Monatseinkommen auf 10-40% festgeschrieben und der Urlaub um 2 Tage verlängert.

Gleichzeitig gelten die frühen siebziger Jahre als die streikintensivste Phase der Nachkriegszeit.

1971 entwickelte sich die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie zu einer der härtesten nach 1945. Die Metallarbeitgeber unter der Führung von Hanns Martin Schleyer wollten mit aller Macht verhindern, dass im Ergebnis mehr als 5% herauskommen.

Der IG Metall Vorstand hatte den Tarifkommissionen in den Bezirken eine Bandbreite von 10,5-11% für Ihre Beschlüsse empfohlen.

In freien Verhandlungen und mehreren Schlichtungsversuchen konnte kein Kompromiss gefunden werden. So kam es zur Urabstimmung, wo sich am 12. November 1971 89,6% unserer Mitglieder im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden für einen Streik aussprachen.

In 29 Betrieben der Metall- und Elektroindustrie im Bereich der Verwaltungsstelle Pforzheim waren 3.700 IG Metall-Mitglieder zur Urabstimmung aufgerufen. Eine klare Mehrheit sprach sich

auch hier für den Streik aus. Im Flugblatt der Verwaltungsstelle zum Streikbeginn am 23. November hieß es: „Ab morgen früh 00.00 Uhr Streik. Bleibt zu Hause. Meldet Euch morgen im Streiklokal in der Zeit zwischen 08.00 und 16.00 Uhr. Solidarität garantiert den Erfolg. Streikposten: Seid morgen früh um 05.30 Uhr vor Eurem Betrieb.“

Richard Weißinger war jetzt als zweiter Bevollmächtigter zusammen mit Franz Fürst, dem ersten Bevollmächtigten, den Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltungsstelle und der Ortsverwaltung für das Gelingen und die Organisation verantwortlich.

Die Metallarbeitgeber sperrten 300.000 Beschäftigte mit dem Ziel, die IG Metall in die Knie zu zwingen und finanziell zu ruinieren, aus.

Auf der legendären Kundgebung mit 43.000 Metallerinnen und Metallern am 08. Dezember in Stuttgart geißelte Willi Bleicher diese Unrechtspolitik der Arbeitgeber und sagte am Schluss seiner Rede: „Und wenn die Welt voll Teufel wär, wir werden's doch erzwingen.“

Zwei Tage später kam es in einem 30-stündigen Verhandlungsmarathon zu einem für uns akzeptablen Ergebnis – 7,5% mehr Lohn und Gehalt, eine Pauschale von 180 DM für die Monate Oktober und November sowie einer tariflichen Absicherung von 40% des 13. Monatsgehaltes.

Zwei Jahre später stand die nächste harte Auseinandersetzung bevor. Unter der Überschrift „Werktage werden besser“ wollten wir die Arbeitswelt humanisieren und die Menschen in den Betrieben und Verwaltungen vor überbordendem Leistungsdruck und Leistungsanforderungen schützen. Da es hierbei um die Durchsetzung von Mitbestimmung und Beteiligung der Beschäftigten ging und sich die Arbeitgeber in ihrem Direktionsrecht eingeschränkt sahen, war in freien Verhandlungen für uns kein akzeptabler Kompromiss erzielbar.

Im Ergebnis setzten wir wiederum erst im Streik 1973 den Lohnrahmentarifvertrag II durch, der bis heute zu den Meilensteinen qualitativer Tarifpolitik zählt.

Zehntausende waren in Nordwürttemberg/Nordbaden, darunter auch in der Verwaltungsstelle Pforzheim, im Streik, womit der

Bezirk wieder einmal mehr seiner Vorreiterrolle innerhalb der IG Metall gerecht wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Verwaltungsstelle Pforzheim war, obwohl sie, was Ihre Mitgliederzahl anbelangt, nicht zu den ganz großen Verwaltungsstelle im Bezirk gehört, bei allen großen Arbeitskämpfen und tariflichen Auseinandersetzungen nach 1945 in Baden-Württemberg herausragend beteiligt. Das gilt auch für die große Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung und den Arbeitskampf 1984 in der Metall- und Elektroindustrie.

Aber ebenso für die Edelmetall- und Schmuckindustrie, wo der Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung nach schwierigen Verhandlungen zum 01. April 1988 mit 37,5 Stunden gelang.
Bitte seht mir nach, wenn ich in diesem Kontext aus Eurer Sicht etwas vergessen haben sollte.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
in den frühen siebziger Jahren gab es aber auch wieder Gespräche und Versuche der Gewerkschaften zur Ausweitung

der Mitbestimmung. Nach dem Wahlsieg der sozialliberalen Koalition im Herbst 1972 kündigte Bundeskanzler Willy Brandt an, die Mitbestimmung im Sinne der Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung zwischen den Faktoren Arbeit und Kapital lösen zu wollen. Anfang 1974 legten SPD und FDP einen Gesetzesentwurf zur Regelung der Mitbestimmung in Großbetrieben vor. Dieser jedoch sah erneut keine paritätische Mitbestimmung vor und wurde von uns abgelehnt. Allerdings gelang es unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt auch, auf eine Reihe wichtiger Gesetzesvorhaben im Sinne der Arbeitnehmer einzuwirken. Dazu gehört das Rentenreformgesetz von 1972, das den Einstieg in die Rente ab 63 ermöglicht hat. Das Arbeitssicherheitsgesetz von 1973 und das Ausbildungsförderungsgesetz mit der Einführung des BAföG von 1975.

Der Rücktritt von Willy Brandt im Zuge der Affäre Günter Guillaume traf uns alle wie ein Schock. Wir hatten mit Willy Brandt einen Aufbruch hin zu mehr Demokratie wagen erlebt und große Hoffnungen, diese Gesellschaft in unserem Sinne weiter zu entwickeln und den Muff von 1.000 Jahren unter den Talaren zu entlüften.

Wir konnten hier Fortschritte erzielen. Insbesondere gelang ein Durchbruch in der Entspannungspolitik zwischen den großen Blöcken der NATO und des Warschauer Paktes. Das wir jetzt 25 Jahre Wiedervereinigung feiern konnten, dafür hat Willy Brandt mit seiner Politik den Grundstein gelegt.

Die 167 Kolleginnen und Kollegen, die 1989 in die IG Metall eingetreten sind, wurden für Ihre 25-jährige Mitgliedschaft durch die Verwaltungsstelle und unsere betrieblichen Funktionäre bereits geehrt, weshalb ich hierauf jetzt nicht näher eingehe.

Neben dem Engagement in der Tarifpolitik war die Verwaltungsstelle seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts aber auch an anderer Stelle enorm gefordert.

1977 führt die Verwaltungsstelle Pforzheim eine Konferenz zur tiefen Strukturkrise, in der die Uhrenindustrie steckte, durch, um nach Lösungswegen zu suchen, wie Beschäftigung gesichert und Perspektiven für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgezeigt werden können.

Franz Steinkühler, der an der Konferenz teilnahm, ging auf den Entwurf des Uhrenprogramms 1972 ein, dass von den Unternehmern aus egoistischen Gründen vereitelt worden sei,

obwohl es eigentlich das Überleben gesichert und Arbeitsplätze krisenfest gemacht hätte. „Niemand habe etwas von einer gemeinsamen Forschung und Entwicklung zur gemeinsamen Verwertung wissen wollen. Manche Firmen hätten sich sogar etwas von einem Verdrängungswettbewerb, in dessen Sog sie jetzt selbst gekommen seien, versprochen. Ein falsches Konkurrenzdenken und zu wenig Gemeinsamkeit hat die Uhrenindustrie in die heutige Lage gebracht. Staat und Gesellschaft seien hinsichtlich der ökonomischen Basis jetzt vor einer schwierigen Schwelle. Das Ergebnis, liebe Kolleginnen und Kollegen, habt Ihr in Eurer Region durch den Wegfall der meisten Arbeitsplätze in diesem Bereich bitter verspürt.“, stellte Franz Steinkühler fest.

Aber auch in der Metall- und Elektroindustrie machte in den zurückliegenden Jahrzehnten der Strukturwandel nicht vor Pforzheim Halt. Wo früher in der Unterhaltungselektronik und der Elektroindustrie Tausende von Arbeitsplätzen vorhanden waren, gibt es heute diese stolzen Namen in Pforzheim nicht mehr. Im letzten Jahr ist auch Thales mit seiner Hauptverwaltung aus Pforzheim nach Ditzingen weggezogen.

Auch die Kolleginnen und Kollegen aus dem Automobilzuliefererbereich sind seit Jahren in Abwehrkämpfen zur Sicherung und dem Erhalt Ihrer Arbeitsplätze gefordert.

Aktuell sind wieder über 180 Arbeitsplätze bei Harman Becker bedroht. Auch die Kolleginnen und Kollegen von proHeq in Birkenfeld kämpfen gegen die geplanten Entlassungen im WMF-Konzern. 700 Beschäftigte sollen den Renditeansprüchen, der Gier der Heuschrecke KKR, ein Finanzhai, geopfert werden, obwohl WMF im siebten Jahr in Folge ein Rekordjahr nach dem anderen erzielt.

Ohne die IG Metall und Euer Engagement wären viele der Arbeitsplätze, die wir bisher erhalten und sichern konnten, schon nicht mehr in der Region vorhanden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
am Ende meiner Rede möchte ich noch einen Blick in die Gegenwart werfen. Wo steht unsere Organisation heute, welche Rolle spielt die IG Metall in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft? Ist es uns gelungen, die hart erkämpften Errungenschaften aus der Vergangenheit bis in die Gegenwart

zu retten oder wurde das Rad bei manchem Thema, z.B. der Leistungsverdichtung, wieder zurück gedreht?

Die vergangenen Monate waren zweifellos politisch bedeutsam, da seit dem 1. Juli diesen Jahres wieder die Möglichkeit besteht, mit 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Rente zu gehen. Ab dem 01. Januar 2015 wird in Deutschland erstmals ein Gesetz für Mindestlohn gelten.

Und im zweiten Quartal 2015 tritt vermutlich in Baden-Württemberg ein Bildungszeitgesetz in Kraft, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern jedes Jahr 5 Tage für berufliche, politische und Weiterbildung zur Förderung des Ehrenamtes freistellt.

Das sind gute Ansätze, die nur auf Grund des Drucks von Seiten der Gewerkschaften und vor allem der IG Metall möglich waren. Am Ziel sind wir damit noch lange nicht. Ausnahmen beim Mindestlohn lehnen wir ab, zugleich fordern wir, dass dieser jährlich in seiner Höhe an die Tarifentwicklung angepasst wird. Und 45 Beitragsjahre müssen auch in Zukunft für eine abschlagsfreie Rente reichen. Wir sind strikt gegen die

Abweichungen dieser Regelung und auch gegen die undifferenzierte Rente mit 67, die alle über einen Kamm scheren will, unabhängig davon, welchen Beschwerden sie in ihrem Arbeitsleben ausgesetzt waren. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Statt prekärer Beschäftigung und Armutslöhnen fordern wir die strikte Begrenzung sowie wirksame Regulierung von Leiharbeit, Werkverträgen, Befristungen und Minijobs.

Vor allen in Sachen Werkverträge erwarten wir von der großen Koalition, dass deutlich nachgebessert wird. Die in Aussicht gestellte Ausweitung der Informationsrechte des Betriebsrates ist völlig unzureichend. Stattdessen müssen die Weichen in Richtung echte Mitbestimmung gestellt werden, z.B. durch ein Zustimmungsverweigerungsrecht.

Wir wollen eine ökologisch und sozial nachhaltige Industrie und Wachstumspolitik, die in Bildung, Infrastruktur und notwendige Zukunftsprojekte wie die Energiewende investiert. Hohe Einkommen und Vermögen müssen zu diesem Zweck stärker besteuert werden. Und wir wollen ein friedliches und soziales Europa. Statt Spardiktaten in ausgewählten Sozialsystemen,

tiefen Eingriffen in Arbeitnehmerrechte und einer weiteren Deregulierung der Arbeitsmärkte fordern wir eine solidarische Politik der Krisenbewältigung. Eine Politik, die die Kosten nicht auf die kleinen Leute und die vielen arbeitslosen Jugendlichen abwälzt.

Und es kann nicht sein, dass, wie in Griechenland und in anderen Ländern geschehen, die Superreichen ihre Vermögen außer Landes schaffen, diese auf Schweizer Konten geschützt liegen und niemand an sie rankommt.

Auch sie müssen ihren Beitrag leisten und bevor es weitere Einschnitte in die sozialen Netze gibt, müssen solche Vermögen auch konfisziert werden und für die Haushaltssanierungen in diesen Ländern genutzt werden können.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt auch für die Milliarden, die die Oligarchen aus der Ukraine außer Landes geschafft haben. Bevor hier Europa und wir alle zusammen Milliarden in das Land pumpen, die dann in korrupten Kanälen

verschwinden, müssen diese Milliarden abgeschöpft werden und zurückfließen.

Es kann nicht sein, dass in Europa und in der Welt nach wie vor diejenigen mit den großen Vermögen das Sagen haben und sich jeglicher Verantwortung für das Allgemeinwohl entziehen können.

Darum hat sich, finde ich, die neue EU-Kommission jetzt primär zu kümmern. Und wir werden sie daran messen, ob sich hier etwas bewegt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
wir haben in Baden-Württemberg nicht mehr die Mitgliederstärke wie zu Glanzzeiten Anfang der neunziger Jahre, aber 2014 steigt unsere Mitgliederzahl im Bezirk vermutlich das vierte Jahr in Folge. Und nach den Betriebsratswahlen 2014 sind bundesweit 3 von 4 Betriebsräten in unseren Branchen Metallerrinnen und Metaller.

Damit sind wir stark, um etwas zu bewegen und das erwarten die Menschen auch von uns. Von den über 500.000 Antworten

auf die Beschäftigtenbefragung der IG Metall im Jahre 2013 stammte fast jede dritte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus dem Südwesten. Circa ein Drittel ist noch nicht Mitglied der IG Metall.

Das spricht für großes Vertrauen in unsere Handlungsfähigkeit, nimmt uns aber auch in die Verantwortung. Dafür dass wir die Wünsche der Beschäftigten nach einer besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Leben, nach mehr Weiterbildungschancen und gezielten Übergängen in die Rente ernst nehmen und dafür kämpfen, dass aus dem Wunsch Realität wird.

Obwohl wir in diesem Jahr 30 Jahre Einstieg in die 35 Stunden Woche gefeiert haben, wird uns das Thema Arbeitszeit weiter begleiten. Der Trend geht heute wieder zu einer Verlängerung. Dabei sind schon 35 Stunden für manche Beschäftigte, etwa solche in Dauerschicht, zu viel. Neue, künftige Produktionstrends wie Industrie 4.0 stellen bisher ungekannte Anforderungen an die Flexibilität unserer Beschäftigten.

In Zukunft brauchen wir daher Zeitmodelle, die sich an den Lebenswirklichkeiten der Menschen orientieren. Es muss uns

gelingen, An- und Ungelernte weiterzubilden und gleichzeitig Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein gesundes Arbeiten bis ins Alter ermöglichen. Und es muss uns gelingen, Arbeitszeitmodelle zu entwerfen, in denen Familien oder Alleinerziehende ausreichend Zeit für ihre Kinder haben, aber gleichzeitig genug zur Sicherung ihres Lebensunterhalts verdienen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
ich möchte gerne mit dem Motto unserer diesjährigen Bezirkskonferenz schließen:

Es lautete „Mehr Demokratie in Betrieb und Gesellschaft“.

Dieses Motto formuliert unseren zentralen Anspruch. Dafür brauchen wir eine starke IG Metall mit vielen Mitstreiterinnen und Mitstreitern. Unsere Tradition ist es, streikfähig zu sein und Lösungen zu finden.

Bei Konflikten um Lohn und Leistungen, bei Auseinandersetzungen um Geld und Arbeitszeit und wenn es um soziale Absicherung geht. Das gelang uns bisher, weil wir gut organisiert sind.

Anders gesagt: Dass wir gehört werden, dafür müssen wir selber sorgen. Das geht nur mit einer starken IG Metall.

Dazu habt ihr in den vergangenen Jahren in Pforzheim einen herausragenden Beitrag geleistet. Und dafür sage ich an dieser Stelle im Namen der IG Metall und unseres Bezirkes ganz herzlichen Dank.

Im Jahre 1954 wurde Deutschland zum ersten Mal Fußballweltmeister und 60 Jahre später 2014 zum vierten Mal.

Wir haben sicherlich nichts dagegen, wenn weitere WM-Titel dazu kommen. In diesem Sinne wünsche ich Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen und Euren Partnerinnen und Partnern, alles Gute und vor allem Gesundheit und eine gute Zeit.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.